

Verantwortlicher Redakteur
 Erbg. Franz
 Druck u. Verlag: Auer-Verlag
 u. Anzeigengewerbe m. B. G.
 Max. Klingemann & Auer
 Engelmannsbergstraße
 Chemnitz - Anhalt Str. 25.

Abgabepreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.00 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 3.50 Mark. Bei der Post durch den Postbeamten 4.00 Mark. Erhältlich täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabehelfer, sowie die Postämter und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenspreise: Die Rubrikpreise sind festgesetzt oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Gebiet Chemnitz u. Ostschlesien 2. - Mark. Bei größeren Rubriken entsprechender Rabatt. Anzeigen in der 2. Rubrik bis 2.00 Mark. Bei kleineren Rubriken entsprechend. Anzeigen in der 3. Rubrik bis 1.00 Mark. Bei kleineren Rubriken entsprechend. Anzeigen in der 4. Rubrik bis 0.50 Mark. Bei kleineren Rubriken entsprechend. Anzeigen in der 5. Rubrik bis 0.25 Mark. Bei kleineren Rubriken entsprechend. Anzeigen in der 6. Rubrik bis 0.10 Mark. Bei kleineren Rubriken entsprechend. Anzeigen in der 7. Rubrik bis 0.05 Mark. Bei kleineren Rubriken entsprechend. Anzeigen in der 8. Rubrik bis 0.02 Mark. Bei kleineren Rubriken entsprechend. Anzeigen in der 9. Rubrik bis 0.01 Mark. Bei kleineren Rubriken entsprechend. Anzeigen in der 10. Rubrik bis 0.005 Mark. Bei kleineren Rubriken entsprechend. Anzeigen in der 11. Rubrik bis 0.002 Mark. Bei kleineren Rubriken entsprechend. Anzeigen in der 12. Rubrik bis 0.001 Mark. Bei kleineren Rubriken entsprechend. Anzeigen in der 13. Rubrik bis 0.0005 Mark. Bei kleineren Rubriken entsprechend. Anzeigen in der 14. Rubrik bis 0.0002 Mark. Bei kleineren Rubriken entsprechend. Anzeigen in der 15. Rubrik bis 0.0001 Mark. Bei kleineren Rubriken entsprechend.

№. 67.

Montag, den 21. März 1921.

16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Die Abstimmung in Oberschlesien hatte folgendes vorläufiges Gesamtergebnis: Rattowitz Kreis, Stadt und Land deutsch 72 831, polnisch 68 187, Stadt Rybnitz deutsch 31 248, polnisch 10 788, Weuthen, Kreis Gesamtergebnis 52 232, polnisch 62 040, Hindenburg Gesamtergebnis deutsch 36 076, polnisch 31 025, Stadt Tarnowitz Gesamtergebnis deutsch 8983, polnisch 2738.

Die deutschen Wirtschaftssachverständigen fordern von der Reichsregierung eine unzweideutige Loslösung von den in London gemachten Anerbietungen.

Matin meldet, daß der alliierte Rat eine neue Warnung nach Oesterreich abgehen liege gegen die Bornahme einer Volksbefragung über den Anschluß, die in Tirol auf den 24. April anberaumt sei.

Der Frieden zwischen Rußland und Polen ist, wie der polnische Ministerpräsident Witos bekanntgab, Freitag abend um 9 Uhr 30 Minuten in Riga unterzeichnet worden.

Das Abstimmungsergebnis in Oberschlesien.

Rattowitz, 21. März.
 Vom deutschen Plebiszitkommissariat wird bekanntgegeben: Die Abstimmungsergebnisse von Pleß und Rybnitz sind noch ungewiß, doch ist in beiden Kreisen eine polnische Mehrheit zu erwarten. Ohne Pleß und Rybnitz ergibt sich eine Mehrheit von ca. 63 Prozent für Deutschland. Bisher sind nach einer Zusammenstellung 671 700 deutsche und 389 000 polnische Stimmen abgegeben worden. Ein weiteres Telegramm des Plebiszitkommissariats besagt: Trotz des ungeheueren polnischen Terrors, der im Gebiete östlich der Oder ohne wirksame Gegenmaßnahmen der interalliierten Kommission geherrscht hat, ist im Industriegebiet eine sichere, im Gebiete westlich der Oder eine überwiegende deutsche Mehrheit erreicht worden. In den Städten Myslowitz, Rattowitz, Kreuz-Königshütte, Weuthen, Gleiwitz, Bernowitz, Rosenburg und Kreuzburg sind bis 90 Prozent deutsche Stimmen erreicht worden. Die Industrielandgemeinden Lautzschhütte, Siemianowitz, Schwientochlowitz, Bismarckhütte, Hindenburg-Jahrze haben die erwartete deutsche Mehrheit übertroffen, während noch in der Nacht zum Sonntag die Polen mit allen Mitteln der Einschüchterung gearbeitet haben. Es hat sich die Abstimmung, soweit bisher zu übersehen ist, in Ruhe abgewickelt.

Terror und Abstimmungsergebnis.

(Von unserem in Oberschlesien weilenden Mitarbeiter.)
 Rattowitz, 19. März.
 Zur Stunde, da diese Zeilen in Druck erscheinen, wird das Abstimmungsergebnis wahrscheinlich infoweit vorliegen, daß ein Ueberblick möglich ist. (Das ist der Fall. D. Red.) Hier in Oberschlesien wird nicht daran gezweifelt, daß das Gesamtergebnis günstig für Deutschland ausfallen wird. Es besteht jedoch — und es hat keinen Zweck, das zu verheimlichen — die Gefahr, daß das Gesamtergebnis nicht als solches gewertet wird, sondern daß das Abstimmungsergebnis gemeinbeweise festgestellt wird, eine Unterteilung einzelner Gebiete, in denen sich eine polnische Mehrheit ergeben hat, im Frage kommt. Solche Mehrheiten können sein im südlichen Teil des Landkreises Rattowitz in Teilen der Kreise Pleß, Rybnitz und Weuthen und auch in einem Teil des Kreises Tarnowitz. Es muß nunmehr mit allem Nachdruck auf die Tatsache hingewiesen werden, daß gerade in diesen Gebieten in den letzten Tagen erneut und mit aller Schärfe der polnische Terror eingesetzt hat, der sich sowohl gegen die einheimischen als auch gegen die zugewanderten Abstimmungsberechtigten richtet. Es wird uns von deutscher Seite nachdrücklich berichtet, daß sowohl das deutsche Plebiszitkommissariat in Rattowitz als auch der deutsche Bevollmächtigte in Opatowitz, Herr Dawidsch, die interalliierte Kommission auf den großen Ernst der Lage aufmerksam gemacht haben, und zwar sind dem General Verond die Fälle alle Einzelnen mitgeteilt worden, so daß er die Möglichkeit hatte, sich von der Wichtigkeit des vorgebrachten Materials zu überzeugen. Man hat natürlich von deutscher Seite auch versucht, diesem Terror entgegenzuwirken, so gut man konnte. So hat man die heimattreuen zum Teil gar nicht in ihren Geburtsorten einquartiert, sondern — wie im Kreise Rybnitz — sie sind in den größeren Städten untergebracht worden. Daß der polnische Terror aber nicht erfolglos geblieben ist, zeigt schon jetzt

die Tatsache, daß in mehreren Orten die deutschen Mitglieder der Wahlbüros ihre Ämter niedergelegt haben. Erfolgreich geblieben sind lediglich die Bemühungen der interalliierten Kommission, dem polnischen Terror entgegenzutreten, und diese Bemühungen sind deshalb erfolglos geblieben, weil sie erfolglos bleiben sollten. Es wäre indigisch gewesen, dem polnischen Unwesen zu steuern, wenn die interalliierten Truppen auch auf das flache Land geschickt worden wären. Dieses berechnete deutsche Ersuchen hat man aber verweigert, und so ist die Abstimmung in einer gewissen Zahl von Orten alles andere als eine freie, geheime und unbefleckte Abstimmung. Verantwortlich für diese Verletzung des Friedensvertrages ist aber allein die interalliierte Kommission.

Eine große Kundgebung in Breslau.

Um des oberschlesischen Abstimmungstages feierlich zu gedenken, hatten die vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier (Bezirksgruppe Breslau), die Schutz-Bundarbeitsgemeinschaft Breslau, der deutsche Ostbund (Posener), die heimattreuen Ost- und Westpreußen, die Eschsch-Bohringer, die Danziger und Oesterreicher Sonntag vormittag auf dem Schlossplatz eine große Kundgebung für Oberschlesien veranstaltet. Das niederländische Dankgebet, gespielt von sämtlichen Kapellen, eröffnete die Feier. Dann folgten Ansprachen der Redner der landesmännischen Verbände, welche mit einem begeisterten ausgenommenen Hoch auf das deutsche Volk und die deutsche Einheit schlossen. Es wurde eine Resolution angenommen. In der es u. a. heißt: Bleibt uns die Südost-Mark erhalten, so schloßen auch die Deutschen in dem trennenden Landesteil zwischen Nordost und Südost, die Posener und Westpreußen, die man schände um ihr Selbstbestimmungsrecht betrogen hat, wieder Hoffnung. Mit klopfendem Herzen und auch mit froher Zuversicht sehen wir der Entscheidung des heutigen Tages entgegen. Wir glauben an einen deutschen Sieg. — Die erhebende Kundgebung, während der die Glocken aller Kirchen Breslaus läuteten, schloß mit dem unter Begleitung sämtlicher Kapellen gesungenen Liede Deutschland, Deutschland über alles.

213 000 auswärtige Wähler.

Nach einer Meldung aus Opatowitz waren bis Donnerstag im Abstimmungsgebiet 213 000 Abstimmungsrechtige aus dem Reich und Oesterreich eingetroffen. Aus Polen sind 14 320 und aus dem übrigen Ausland 6800 Oberschlesier in die Heimat zurückgekehrt. General Verond hat auf Antrag der deutschen Plebiszitkommissariate am Freitag noch in die Ortschaften an der polnischen Grenze Verstärkungen von französischen und englischen Truppen legen lassen.

Der Verlauf der Abstimmung.

Aus Opatowitz wird vom Sonntag mittag 1 Uhr gemeldet: Die Abstimmung in Opatowitz verlief sich unter sehr großer Teilhabe, sie verlief bisher reibungslos, nirgends haben sich Zwischenfälle ereignet. — Weiter berichtet eine Meldung aus Breslau vom Sonntag nachmittag: In den nördlichen und nordwestlichen Kreisen des Abstimmungsgebietes ist nach den bisher vorliegenden Meldungen die Volksabstimmung ruhig verlaufen. In Opatowitz herrscht freundliche Begeisterung. Aus den südlichen Kreisen und dem Industriegebiet liegen zuverlässige Nachrichten nicht vor.

Dessentlich gebrandmarkt!

Wie von den vereinigten Verbänden heimattreuer Oberschlesier mitgeteilt wird, gibt es tatsächlich eine kleine Anzahl deutscher Oberschlesier, die trotz dringender Aufforderung, nicht zu bewegen sind, ihre Stimme für Oberschlesien abzugeben. Die vereinigten Verbände werden sich deshalb, wie die Deutsche Allgemeine Zeitung berichtet, gezwungen sehen, die Namen dieser Verbrecher an ihrem Volke bekanntzugeben, um sie so öffentlich zu brandmarken.

Wirtschaftliche Notwehr.

W. W. Das englische Unterhaus hat die Regelung der deutschen Einfuhr mit einem 50prozentigen Zoll in zweiter Lesung genehmigt. Auch in Frankreich wird ein gleiches Gesetz vorgelegt und zweifellos von der Kammer angenommen werden. Wie Lloyd George, der Wortführer auf der Londoner Konferenz, ausdrücklich zugab, bedeutet dieser Straf- und Konfiskationszoll eine Maßnahme zur Unterbindung der deutschen Wareneinfuhr nach England. Die Behauptung unserer Gläubiger, sie sollten sich durch die 50prozentige Auflage bequämen lassen, ist also nur ein Vorwand zur wirtschaftspolitischen Knebelung Deutschlands gewesen. Im Laufe der nächsten Woche dürfte die deutsche Wareneinfuhr nach England und Frankreich, sowie nach den anderen Verbänden, welche den Strafzoll gegen uns beschließen sollten, gänzlich aufhören. Dadurch werden zahlreiche Wirtschaftszweige Deutschlands in schwere Bedrängnis geraten. Lloyd George ist überzeugt, daß die Abschichtung deutscher Waren das Reich in ganz kurzer Zeit zum Vankern, d. h. zur Vergeßungstat der Annahme unerschütterlicher Bedingungen, treiben wird. Das deutsche Volk hat es bis zu einem gewissen Grade in der Hand, daß sich Lloyd George trüzt. Wir werden zur wirtschaftlichen Notwehr getrieben. Während des Krieges hat sich herausgestellt, daß das deutsche Gewerbe

überall dort, wo es sich um ausländische Rohstoffe handelte, in seinen Erzeugnissen es durchaus mit der ausländischen Konkurrenz aufnehmen konnte. Heute muß noch mehr als während der Kriegszeit die Lösung sein, wo irgend möglich, nur deutsche Erzeugnisse zu verwenden. Der Friedensvertrag verbietet uns, fremde Erzeugnisse von unseren Grenzen fernzuhalten. Keine Macht der Welt kann aber das deutsche Volk zwingen, fremde Produkte den eigenen vorzuziehen, unterlassen wir nicht durch den eigenen Verbrauch das heimische Gewerbe, so machen Arbeitslosigkeit und Not katastrophale Fortschritte. Wir haben Solidarität und Festigkeit in der Abwehr unerträglicher Zumutungen bewiesen. Beweisen wir sie auch in der Unterstützung unserer heimischen Wirtschaft!

Brockdorff-Rankau gegen Ludendorff.

Rechtfertigung und Abrechnung.
 Der frühere Minister des Äußern Graf Brockdorff-Rankau hat an Ludendorff einen offenen Brief gerichtet, in dem es heißt: In einem: Der Zwang im Kriege — überlebenden Artikel im Militärwochenblatt zitterten Sie aus dem Werke eines Herrn Albrecht Wirth folgenden Passus:
 Nun kam Graf Brockdorff-Rankau, der als Gesandter in Kopenhagen eine seiner Lebensführung entsprechende bunte Gesellschaft um sich gesammelt hatte, und der offen den Umsturz betrieb, durch Barons Help hand, einen der herrlichsten Ostjuben, auf den Gedanken, den Teufel durch Besessenen auszutreiben und die Revolution durch Anarchie zu erschüttern. Er regte dazu an, Lenin und Trotzki nach Rußland zu befördern und dadurch den Bolschewiki zur Macht zu verhelfen.

Dieser Passus ist hier an amtlichen und außeramtlichen Stellen dahin ausgesagt worden, daß mir der Vorwurf gemacht wird, ich hätte in Deutschland auf den Umsturz hingearbeitet, mit anderen Worten, mich des Hochverrats schuldig gemacht. Infolge dessen habe ich, sobald ich von dem Artikel Kenntnis erhielt, Ersuchen von Berg gebeten, zur Wahrung meiner Ehre von Ew. Exzellenz im Militärwochenblatt eine Erklärung zu verlangen, daß es Ihnen selbstverständlich nicht in den Sinn gekommen sei, mir den ungeschworenen Vorwurf des Hochverrats zu machen, und daß Sie sich keineswegs mit der jedenfalls leicht mißzuverstehenden Neufernung Wirths identifizieren. Ew. Exzellenz haben, wie ich soeben erfahre, Herrn v. Berg gegenüber es abgelehnt, meinem Verlangen zu entsprechen. Ew. Exzellenz identifizieren sich also mit dieser Neuferung, die geeignet ist, meine Ehre in der schwersten Form zu fränten. Zur Steuer der Wahrheit und um mit den nichtswürdigen Einwänden gegen meine Person und meine politische Tätigkeit aufzukommen, konstatiere ich daher nachstehendes:

Ähnliche Verdächtigungen, wie Sie in der von Ihnen zitierten Neuferung erblickt worden sind, wurden bereits während des Krieges gegen mich erhoben. Professor Harms in Kiel hatte Ende 1917 einen Bericht an die Oberste Heeresleitung erstattet, in dem er mich als Defaitisten denunzierte und behauptete, daß ich mich als deutscher Gesandter in Kopenhagen für den Vgan der Abtretung Nordschleswigs einsetzte. Ich habe daraufhin am 24. Dezember 1917 eine eingehende Depesche an das Auswärtige Amt gerichtet, in der ich auf sofortiger Untersuchung bestand. Der Inhalt dieses Telegramms ist Ew. Exzellenz am 25. Dezember mitgeteilt worden; am 28. Dezember habe ich in der gleichen Angelegenheit an den Reichszustler Grafen Hertling einen ausführlichen Bericht erstattet, der Ew. Exzellenz auf meinen ausdrücklichen Wunsch am 1. Januar 1918 zur Kenntnis gebracht worden ist. Der Fall Harms wurde für mich erst beendigt, nachdem ich dem Reichszustler angemeldet hatte, daß ich meinen Abschied einreichen würde und entschlossen sei, mein Austrittsgesuch vor dem Kaiser persönlich zu begründen. Ich habe gleichzeitig eine Ehrenerklärung Ew. Exzellenz verlangt, die Sie in der von mir geforderten Form abgaben. Ihre an den Grafen Hertling gerichtete Erklärung lautete wörtlich: Ew. Exzellenz spreche ich für die im Interesse der Beilegung der Angelegenheit unternommenen Schritte meinen Dank aus. Ich bitte, den kaiserlichen Gesandten Grafen Brockdorff-Rankau wissen zu lassen, daß das ihm von der Obersten Heeresleitung und insbesondere von mir persönlich bisher stets entgegengebrachte Vertrauen durch die Berichte des Professors Harms in keiner Weise erschüttert worden ist. Diese Erklärung ist am 17. Mai 1918 abgegeben worden. Die Vorgänge, die im Artikel: Der Zwang im Kriege — erwähnt werden, spielten sich ein Jahr früher ab, ebenso wie die Rolle, die ich dabei gespielt haben soll, und die keineswegs der Darstellung Wirths entspricht. Trotz der mir noch 1918 schriftlich gegebenen Versicherung Ihres persönlichen Vertrauens und des Vertrauens der Obersten Heeresleitung weigerte Ew. Exzellenz sich, jetzt aber, mich vor dem Verdacht des Hochverrats zu schützen und zu erklären, daß es Ihnen fernlag, mich des feigsten Verbrechens zu bezichtigen. Ich überlasse es dem Urteil der Welt und Nachwelt, darüber zu entscheiden, ob Ew. Exzellenz Tätigkeit